

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE - Wirksame Bekämpfung der Ambrosia verstärken - Drucksache 6/11016 vom 02.04.2019

Ambrosiabekämpfung: Aufs Geld kommt's an

Der Landtag stellt fest:

Die Beifußblättrige Ambrosia breitet sich seit Jahren immer stärker in Brandenburg aus. Besonders betroffen ist die Region Niederlausitz. Dort war laut der letzten bekannten Ambrosia-Pollenmessung von Anfang Juli bis Ende September die Grenze für eine starke Pollenbelastung an 40 Tagen im Jahr überschritten. Die Ambrosia blüht von Juli bis zum ersten Frost, bei entsprechender Witterung auch früher. Die Pollenintensität ist im August / September am höchsten. Die Pollen der Ambrosia sind hochallergen und lösen bei Menschen in den betroffenen Gebieten starke Allergiesymptome aus.

Die Pflanzen breiten sich nach wie vor auf kommunalen, privaten und landwirtschaftlichen Flächen sowie Flächen in Landeszuständigkeit aus. Das größte Ausbreitungspotenzial besteht in der Niederlausitz auf landwirtschaftlichen Flächen und an Straßenrändern. Auf landwirtschaftlichen Flächen führt die Ambrosia zu Ernteverlusten. Um die Verbreitung in Schwerpunktverbreitungsgebieten wie der Niederlausitz zu mindern und neue Vorkommen in anderen Regionen zu verhindern, müssen laut dem Erfahrungsbericht Ambrosia die Kontrolle, Fruchtfolgemassnahmen und Bekämpfungsmaßnahmen insbesondere auf landwirtschaftlichen Flächen konsequent durchgeführt werden.

Die Niederlausitzer Kommunen haben in einem Positionspapier festgestellt, dass fehlende finanzielle Mittel eine wirksame Bekämpfung momentan verhindern.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird beauftragt,

1. bis zum 01. Juni 2019 das ressortübergreifende Maßnahmenprogramm vorzulegen, welches die Zuständigkeiten, rechtlichen Grundlagen und verwaltungsrechtlichen Prozesse für eine wirksame Ambrosiabekämpfung regelt.

2. die Koordinierungsstelle zur Ambrosiabekämpfung dauerhaft einzurichten und die Position entsprechend des Maßnahmenprogramms mit entsprechenden Befugnissen und den finanziellen Ressourcen für eine effektive Ambrosiabekämpfung auszustatten.
3. die Grundlagen zu schaffen, um sowohl die betroffenen Kommunen jenseits von Lottomitteln, als auch Landwirte bei der pestizidfreien Bekämpfung auf stark betroffenen landwirtschaftlichen Flächen finanziell zu unterstützen.

Begründung:

Die angekündigte Verordnung zur Bekämpfung der Ambrosia ist ein wichtiger Schritt. Darüber hinaus wird aber die finanzielle Ausstattung über Erfolg oder Misserfolg entscheiden.

zu 1.

Ein Maßnahmenprogramm wurde erstmals 2015 von der Landesregierung angekündigt, liegt bisher jedoch nicht vor. Dies sollte rechtzeitig vor der Ambrosia-Saison geschehen.

zu 2.

Die Koordinierungsstelle soll dauerhaft eingerichtet und ausreichend finanziell ausgestattet werden. Dies schafft Planungssicherheit und verbessert die Zusammenarbeit der Ministerien, Kommunen und Betroffenen deutlich.

zu 3.

Die betroffenen Kommunen in der Niederlausitz sind nicht ausreichend in der Lage, Ansprechpartner zu werden, Bekämpfungsmaßnahmen anzuordnen, zu kontrollieren und auf kommunalen Flächen zu bekämpfen. Bislang hoffen sie jährlich auf den Einsatz von Lottomitteln.

Die Landwirte integrieren schon heute Bekämpfungsmaßnahmen in die Bewirtschaftung ihrer Flächen. Dies ist jedoch nicht überall möglich oder ausreichend. Für diese Fälle braucht es einen Ausgleich für den entstehenden Mehraufwand bzw. -kosten.